Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 159 (1993)

Heft: 7-8

Artikel: Ausgreifende Stabilisierung : Imperativ einer künftigen Strategie für Europa

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-62426

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

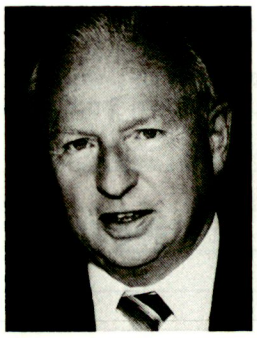
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ausgreifende Stabilisierung

Imperativ einer künftigen Strategie für Europa

Gustav Däniker

Die Staatengemeinschaft treibt Realitätsverweigerung. Zwar sind die markigen Worte verstummt, mit denen man noch vor einem Jahr zum Horror des Krieges in Ex-Jugoslawien Stellung nahm. Aber immer stärker wird spürbar, dass man es aufgab, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Zu lange hing man einem Plan nach, der von keiner Partei je richtig ernst genommen wurde. Noch ein Jahr seit Beginn der brutalsten Massaker seit dem Zweiten Weltkrieg heisst es, man müsse eben den Verhandlungen noch eine Chance geben! Und unter der fadenscheinigen Begründung, den Krieg nicht noch anheizen zu wollen, wird den Muslimen verweigert, sich die nötigen Waffen zur Verteidigung zu beschaffen, obwohl sie gleich gegen zwei massiv besser ausgerüstete Feinde kämpfen müssen. Ja, man entblödet sich nicht, wiederholt die gleichen «Schutzzonen» zu deklarieren, was alle diejenigen (Blauhelme inklusive), die dort unter Dauerfeuer, praktisch ohne Verpflegung und Betreuung ausharren müssen, nur mit Hohn und Bitterkeit erfüllen kann.



Gustav Däniker, Dr. phil., Divisionär z D; bis 1988 Stabschef Operative Schulung; Mitglied des Council des Londoner «International Institute for Strategic Studies (IISS)»; Verwaltungsratspräsident der Dr. Rudolf Farner Public Relations Agentur.

Kein Zweifel – die UNO und mit ihr der Westen haben den Jugoslawienkrieg verloren. Sie lassen es zu, dass mitten in Europa wiederum Grenzen mit Gewalt verschoben werden. Und sie nehmen es hin, dass unter ihren Augen längst überholt geglaubte Scheusslichkeiten wie die sogenannte «ethnische Säuberung» mit allen ihren grausamen Begleiterscheinungen passieren. Uneinigkeit zwischen den Staaten und allgemeine Feigheit sind die Gründe einer beklagenswerten Ohnmacht.

Wachsendes Spektrum von Gefahren und Risiken

UNO, KSZE, NATO, EG und WEU stecken allesamt tief in der Sackgasse. Sie müssen nicht zuletzt bedenken, dass Bosnien nur einer von über 30 offenen Konflikten auf der Welt ist. Von überall werden sie um Hilfe gebeten. Was aus nationalem, ethnischem oder religiösem Fanatismus, aus sinnloser Gewaltanwendung oder Dummheit aus den Fugen gerät, sollen sie wieder in Ordnung bringen. Auch eine ganze Reihe neuer Gefahren und Risiken – von den Kämpfen um lebenswichtige Ressourcen, Migrationsschüben grossen Stils, immer besser organisiertem Verbrechen bis zu deren mannigfachen gewaltsamen Auswirkungen zeichnen sich schon deutlich ab. Da scheint vorsichtige Schadenbegrenzung besser als rigoroses Ordnungmachen unter unabsehbaren Kosten.

Wenn wir also heute über die sogenannte «strategische Sicherheit» sprechen, so dürfen wir den Blick nicht einfach auf die Kriterien Machtpolitik und militärische Gewaltdrohung einengen. Schon lange geht es nicht mehr allein um ein Ringen zwischen Nationalstaaten, auch wenn sie nach wie vor von grosser, im Osten sogar von wachsender Bedeutung sind. Volksgruppen und unterdrückte Minderheiten sind zunehmend selbstbewusst und militant geworden. Ins Auge zu fassen sind nicht zuletzt die übernationalen fundamentalistischen Bewegungen, welche die genannten Konflikte zunehmend radikalisieren. Alle zusammen haben das Spektrum der sicherheitspolitisch relevanten Akteure enorm erweitert.

Dabei ist strategische Sicherheit im klassischen Sinne trotz allen neuen Gefahrenkombinationen nicht hinfällig geworden. Sie ist nach wie vor gefährdet durch die verbleibenden atomaren Arsenale, die sich nicht mehr durchwegs unter verantwortlicher Kontrolle befinden, durch Millionen von Soldaten, die immer noch unter den Waffen stehen, durch Tausende von Panzern, Geschützen und Kampfflugzeugen, die auch nach Erreichen der CFE-Obergrenzen noch weitaus reichen, um Angriffskriege zu entfesseln. Sie ist vorab gefährdet durch die blühende Proliferation modernsten Kriegsgeräts in die Dritte Welt.

Auch der alte Begriff der Geopolitik, dem Machtstreben aufgrund geographischer und ressourcemässiger Gegebenheiten, besitzt heute wieder zunehmende Bedeutung, wie am Beispiel Russlands deutlich wird. Der flächenmässig grösste Staat der Erde sieht sich auf seine Grenzen im 17. Jahrhundert zurückgeworfen. Zugleich ist er seinem Potential entsprechend nach wie vor eine, wenn auch innerlich stark geschwächte Supermacht geblieben. Ob Russland im Chaos versinkt, ob es seine Probleme mittels eines neuerlichen Expansionskurses zu lösen versucht, oder ob es langsam zu einem «normalen Staat» wird, wird sich nicht nur auf Europa, sondern auch für eine neue Weltordnung entscheidend auswirken.

Heute sind die Risiken der gegenseitigen atomaren Vernichtung wie die eines Weltkommunismus praktisch verschwunden, aber die Welt ist umso unstabiler geworden. Krieg als Mittel der Politik, im Süden schon immer ein Dauerzustand, ist auf die Nordhalbkugel des Globus zurückgekehrt. Zynisch kalkulierende Machthaber, arrogante «Warlords», charismatische Heilslehrer samt fanatisierter Gefolgschaft können nicht nur die eigene Regierung und Nachbarstaaten, sondern weitgehend ungestraft sogar ganze Bündnisse oder gar die UNO

herausfordern. Sie unterlaufen das bisher weitgehend von Abschreckungs- und Abhaltemechanismen sowie vom Kräftegleichgewicht bestimmte Sicherheitssystem. Kein Wunder, dass man vielerorts über neue Konzepte nachdenkt, welche die in jeder Beziehung unökonomischen Hilfsanstrengungen im nachhinein durch wirtschaftliche Präventivmassnahmen ersetzen könnten. Eine eigentliche Revolution des Sicherheitsdenkens bahnt sich an.

«Stability projection» statt «power projection»

Bei diesem Denken geht es darum, der Gewalt unterhalb wie oberhalb der Kriegsschwelle möglichst zum vorneherein den Boden zu entziehen, nötigenfalls aber auch mit bewaffneter Intervention Krisenherde einzudämmen und zu befrieden beziehungsweise Friedensstörer unschädlich zu machen. «Stability projection» (zu deutsch etwa «ausgreifende Stabilisierung»), wie man dieses Vorgehen im Gegensatz zu früheren «power projection» der Gross- und Supermächte nennen könnte, wird somit zur dynamischen Komponente einer europäischen Gesamtstrategie. Sie unterscheidet sich ebensosehr vom alten Prinzip der «balance of power» wie vom Konzept jener Stabilität, die während des Kalten Krieges als eine Prämisse für die Entspannung galt und damit zur Zementierung des Status quo beitrug. Viel näher liegt sie der weitblickenden ökonomischen Strategie der «Nachhaltigen Entwicklung», wie sie vor allem seit dem Weltgipfel von Rio angestrebt wird, weil sie den begrenzten Ressourcen dieser Welt Rechnung trägt. Auch im engeren strategischen Bereich geht es um die Erkenntnis, dass nationale und internationale Interessen kaum mehr zu trennen sind, sondern ersteren am besten gedient ist, wenn auch letztere gewahrt bleiben.

Folgerichtig geht es in Zukunft auch für Europa nicht mehr nur darum, für den «worst case» gewappnet zu bleiben, sondern dem «best case» vorwärts zu helfen, indem ein möglichst tiefes Glacis, eine Anzahl solide stabilisierter Pufferstaaten aufgebaut wird. Ein geographisch zunehmend breiterer Raum nachhaltig befriedeter, weil machtmässig saturierter und sozial ausbalancierter untereinander befreundeter Nationen ist das Idealbild. Es muss von einem stabilen Zentrum aus unterstützt, das heisst nach und nach geschaffen werden.

So wie einst die Stadtmauern nicht mehr reichten, um ihre Bürger zu schützen, weil die weitreichende Artillerie aufkam, und diese den Territorialstaat an seinen Grenzen verteidigen lernten, oder wie man sich später in Bündnissen organisierte, weil eigenständige Verteidigung ungenügend schien, so gilt es heute, einen möglichst weiten Umkreis strategisch stabiler Zonen zu schaffen, von denen keine Gewalt ausgehen kann. Das Instrumentarium hiezu ist aber keineswegs allein militärisch. Es beginnt mit Spontanhilfe, Hilfe zur Selbsthilfe, Wirtschaftskooperation, Beratung beim Aufbau demokratischer, marktwirtschaftlicher und sozialer Strukturen usw. Es setzt sich fort in Hilfe bei der Rüstungsreduktion und -konversion, bei militärischem Erfahrungsaustausch und kooperativem Krisenmanagement sowie in gemeinsamer Konfliktbewältigung.

Nach wie vor geht es für die «stabilen Staaten» aber um die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Stabilität und um militärische Handlungsfreiheit, einerseits zum Schutz ihrer Bürger und ihres Territoriums und andererseits zur Mitwirkung bei von der UNO beziehungsweise von der KSZE oder der EG legitimierten friedenserhaltenden, friedenschaffenden oder humanitären Interventionen.

Voraussetzungen «ausgreifender Stabilisierung»

Wie eingangs gezeigt, sind wir von einer solchen Sicherheit durch Stabilisierung noch weit entfernt. Es wäre falsch, sich Illusionen hinzugeben: Sie wird nur zustande kommen, wenn Regierungen und Parteien ihren Völkern klarzumachen vermögen, dass ein völlig neues Sicherheitsdenken nötig ist, um das zunehmend schwierige, weil interdependente Problem der Friedenssicherung zu meistern. Sie müssen überzeugend darlegen können, dass es in Zukunft keine dauerhafte Freiheit und keinen Wohlstand geben wird, wenn man sich nicht überall konsequent und möglichst präventiv gegen Aggression und Unmenschlichkeit zur Wehr setzt. Wirtschaftshilfe, Diplomatie und Sanktionen werden durch militärische Sicherungseinsätze zu ergänzen sein.

Die Völker müssen begreifen lernen, dass Standfestigkeit und Verteidigungsbereitschaft nicht mehr ausreichen, um ihre Werte und ihren Wohlstand zu verteidigen, sondern dass es heute eine Art Offensive braucht, ein Hinausschieben von Grenzen nicht um machtpolitischer Interessen willen, sondern im Sinne der geschilderten «Stabilitätserweiterung», die der Unordnung dauerhaft entgegenzuwirken vermag. Dass dies nicht ohne Opfer abgeht, muss allen klarwerden. Oder mit einem generell zutreffenden Bild *Hans-Dietrich Genschers: «Es wird dem Westen auf die Dauer nur gutgehen, wenn es dem Osten auf die Dauer besser geht».*

Anforderungen stellen sich nicht zuletzt auch dem Militär, weil es auch im Rahmen einer stabilisierenden Strategie die «ultima ratio» bleibt. Die Völker müssen sicher sein können, dass ihre Armeen selbst im Einsatz ihr geschmeidiges, nicht nur auf kurzfristigen Erfolg, sondern auf langfristige Friedenssicherung ausgerichtetes Werkzeug bleiben. Das heisst unter anderem, dass ein neuer Soldatentyp entstehen muss und dass neue taktische und technische Verfahren entwickelt werden, die den aktuellen Konfliktformen besser entsprechen als die klassischen Doktrinen.

Spezifisch auf die Schweiz bezogen lässt sich feststellen, dass wir – als kleiner und zudem neutraler Staat – schon eine beachtliche Reihe zukunftsweisender Konsequenzen vorzuweisen haben. Wir werden unseren Beitrag an die internationale Stabilität aber sicher noch ausbauen müssen. Hierbei gilt es, den richtigen Mittelweg zu finden. Wer das Ausmass unserer Auslandbemühungen unzureichend findet, sollte daran denken, dass «stability projection» nur Erfolg haben kann, wenn sie von einer intakten Basis aus immer wieder erneuert wird. Und wer alles auf die Karte eigenständiger Selbstbehauptung setzen möchte, denke über die vielfältigen grenzüberschreitenden, militärischen und nichtmilitärischen Gefahren nach, die wir zweifellos nicht mehr allein zu meistern vermögen. Die von uns zunehmend verlangte strategische Solidarität drängt sich also nicht zuletzt auch deswegen auf, weil sie den eigenen Sicherheitsinteressen am besten dient. ■